

UBA-Workshop

„Die wasserrechtliche Fachbetriebspflicht“



Stellungnahme aus der Sicht der Industrie:

- * Aussage zur Fachbetriebsregelung**
- * Aus dem Positionspapier des BDI-AK „VAwS 2000“, 03/00**
- * Kommentierung der Empfehlungen/Szenarien im Forschungsbericht**

UBA-Workshop „Die wasserrechtliche Fachbetriebspflicht“

- Stellungnahme aus der Sicht der Industrie



Aussage zur Fachbetriebsregelung:

- * Fachbetriebe nach § 19I WHG und ihre Überwachung sind ein erfolgreiches Modell für**
 - wahrgenommene Betreiberverantwortung,**
 - zielgerichtete Fortbildung und**
 - Qualitätssicherung****zugunsten des Umweltschutzes.**

- * Die Grundprinzipien der deutschen Umweltpolitik - Vorsorge-, Verursacher- und Kooperationsprinzip - kommen hier zur Anwendung.**

UBA-Workshop „Die wasserrechtliche Fachbetriebspflicht“

- Stellungnahme aus der Sicht der Industrie



Einige Kernthesen aus dem Positionspapier des BDI-AK „VAwS 2000“, 03/00:

- * Es ist ein bundeseinheitlicher Rechtszustand im anlagenbezogenen Gewässerschutz zu erreichen;**
- * Die Eigenverantwortung des Betreibers ist stärker zu berücksichtigen;**
- * Die kompetenten Funktionen fach- und sachkundiger Personen (z.B. Fachbetriebe) sind stärker zu berücksichtigen (z.B. Ersatz von Anlagenprüfungen);**
- * Der Aufwand zur Datendokumentation ist auf das dem Schutzziel dienliche Minimum zu beschränken.**

UBA-Workshop „Die wasserrechtliche Fachbetriebspflicht“

- Stellungnahme aus der Sicht der Industrie



Kommentierung der Empfehlungen/Szenarien im Forschungsbericht:

- * Änderungen im grundsätzlich gut funktionierenden Fachbetriebswesen sind **keine vordringliche Aufgabe** im Regelungsbereich der §§ 19g - 19l WHG.
- * **Der Status quo sollte beibehalten werden** (Vorschlag C).
- * Eine Ausdehnung der Fachbetriebspflicht ist nur für **private Heizölverbraucheranlagen** sinnvoll (Betreiberverantwortung hier nicht fachkompetent anwendbar).

UBA-Workshop „Die wasserrechtliche Fachbetriebspflicht“

- Stellungnahme aus der Sicht der Industrie



Kommentierung der Empfehlungen/Szenarien im Forschungsbericht:

- * **Das „duale“ System der Fachbetriebsüberwachung über Mitgliedschaft in *GÜG* oder Vertrag mit *TÜO* ist beizubehalten.**
- * Eine „Wiederbelebung“ der Überwachung für *GÜG*‘s ist anzustreben. Die Regelung darf nicht nachteilig für erfolgreich arbeitende *GÜG*‘s sein.
- * Die Überwachungsregelung muss **bundeseinheitlich** erfolgen, wie es früher über das IfBt gegeben war.

UBA-Workshop „Die wasserrechtliche Fachbetriebspflicht“

- Stellungnahme aus der Sicht der Industrie



Kommentierung der Empfehlungen/Szenarien im Forschungsbericht:

- * Der Aufwand zur Datendokumentation/Qualitätssicherung für Fachbetriebe muss angemessen bleiben (Empfehlungen ME 5 - 7).
- * Eine pauschale Festlegung **Anlagen der Stufe C und D** ⇒ **Benennung Gewässerschutzbeauftragter** (ME 19) ist abzulehnen; Maßnahme i. d. R. nicht angemessen, um die Kenntnis der Fachbetriebspflicht in Betrieben zu kommunizieren (ähnliche Regelung in Sachsen hatte sich nicht bewährt und wurde gestrichen!).

UBA-Workshop „Die wasserrechtliche Fachbetriebspflicht“

- Stellungnahme aus der Sicht der Industrie



Kommentierung der Empfehlungen/Szenarien im Forschungsbericht:

- * Der Empfehlung ME 21 **Arbeiten an eigenen Anlagen von der Fachbetriebspflicht freizustellen** wird zugestimmt.

Wartungstätigkeiten an eigenen HBV-Anlagen sind bereits heute von der Fachbetriebspflicht freigestellt. Eine **Ausdehnung** dieser Ausnahmeregelung des § 24 Muster-VAwS **auf alle eigenen VAwS-Anlagen** wäre sachgerecht und aus Sicht der betrieblichen Praxis begrüßenswert!

UBA-Workshop „Die wasserrechtliche Fachbetriebspflicht“

- Stellungnahme aus der Sicht der Industrie



Kommentierung der Empfehlungen/Szenarien im Forschungsbericht:

- * VAWS-Anlagen ab einer bestimmten Gefährdungsstufe in die 4. BImSchV aufzunehmen (**Empfehlung ME 22**), paßt nicht in die Rechtssystematik und wäre auch nicht zweckdienlich, um Mangelhäufigkeiten an VAWS-Anlagen zu reduzieren.

Mängel an VAWS-Anlagen müssen systematisch hinterfragt und abgestellt werden. Dafür sind die vorhandenen Regelungen ausreichend.